

Er erscheint täglich
sonntags mit Ausnahme der
Sommer- und Feiertage.
Abonnementpreis
monatlich 50 A., 1/2 Jahr 1.50 A.
Jahresum. frei ins Haus. Durch
den Post bezogen 1.65 A.
„Die Neue Welt“
Wochenblatt (Sonntags) durch
das Post nicht beschaffbar, kostet
monatlich 10 A., 1/2 jährlich 30 A.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Inserionsgebühren
betragen für die Spalten
Zeile oder deren Raum
15 A. für Wohnungs-,
Berufs- und Bekanntmachungs-
anzeigen 10 A.
Im reaktionellen Teile
kostet die Zeile 50 A.
Anzeiger für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7501.

Verleger: Dr. 1897.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof partee rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1897.

Nr. 160

Halle a. S., Dienstag, den 12. Juli 1898.

9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

12. Juli. Der von der deutschen Nationalversammlung zum Reichsverweser gewählte Graf von Döhring hatte die Würde angenommen und traf am Abend des 11. von großem Jubel der Bevölkerung begrüßt in Frankfurt ein. Am folgenden Tage führte der Reichspräsident von Solow mit 60 Abgeordneten den Reichsverweser in feierlichem Zuge unter Glockengeläut und Kanonendonner durch die festlich geschmückten Straßen nach der Paulskirche. Am Eingang empfing Gagen den zu Fuß gehenden und bürgerlich gekleideten Grafen und führte ihn in die Versammlung. Der Graf dankte für das erzeigte Vertrauen und versprach, nachdem das Gesetz über die Errichtung einer Zentralgewalt noch einmal verlesen worden war, die Verfassungsbestimmungen halten zu wollen. Am nächsten Tage löste sich der alte Bundestag auf, indem der Bundespräsident die Mitglieder des Reichspräsidenten ernannte, nachdem der Reichspräsident die Würde eines Regenten Deutschlands angetreten, die Bundesversammlung ihre Tätigkeit als beendet ansetzte und die Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse in die Hände der provisorischen Zentralgewalt legte.

Zum Hamburger Bäckerstreik.

Auch die bürgerliche Frankf. Bz. sagt den kurzschichtigen und durch kleinliche Selbstsucht ibridisch gemachten Vätermeistern bittere Wahrheiten. Namentlich macht die Frankf. Zeitung auf die stillen Heer aufmerksam, die den Vätermeistern in den Ohren liegen und sie in ihrer bösen Halsstarrigkeit zu beharren lassen. Das Blatt schreibt: In dem Hamburger Bäckerstreik machen sich wieder ganz ähnliche Einwirkungen gegen eine friedliche Einigung geltend, wie sie beim Gattnerarbeiteraufstand so unvürthlich hervorgetreten sind. Seltener die Streikpunkte objektiv zu unteruchen und die Forderung der Gesellen auf ihre Berechtigung zu prüfen, bietet der Arbeitgeber-Verband seinen Einfluß auf, um aus dieser Lohnbewegung eine reine Wadfrage zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu machen, indem die Parole ausgegeben wird, daß der Kampf durchgeführt werden müsse, auch wenn noch so viele Existenzen dabei geschädigt werden, daß man eben die Arbeiter auf jeden Fall unterdrücken müsse, um ihnen die Lust zu ferneren Lohnforderungen zu nehmen. Diefelben Leute, die sonst nicht genug über den sozialdemokratischen Terrorismus flagen können, proklamieren hier einen Terrorismus der allerhöchsten Art. Sie wollen die Bäckermeister terrorisieren, die zu einem Entgegenkommen gegen die Gesellenforderungen bereit sind, und sie üben ebenjo Terrorismus gegen die Bäckergehilfen, nicht weil sie deren Forderungen als ungerecht zu bezeichnen vermögen, sondern weil diese Gesellen es überhaupt wagen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die ganze Unvernunft der sozialpolitischen Rückständigkeit offenbart sich in dieser Stellungnahme, die jede Lohnbewegung von vornherein in Grund und Boden verdammt, und der Hamburger Arbeitgeberverband, der sich so auftruglich in eine ihm an sich fernliegende Bewegung hineinmischte, lediglich um die Gegenätze aufzuzeigen, ist auf dem besten Wege, sich jetzt auch die Sympathien der besagten Kreise zu verdienen, die ihm in falsch verstandenen Interesse der Arbeitgeber zu teil wurden. Wenn man mit dem Anspruch, daß der Arbeitgeber Herr sein müsse im eigenen Betriebe, jeder Lohnbewegung von vornherein die Berechtigung absprechen und den Arbeiter ein Fach auf die Wade seines Brotes anweisen will, dann legt man sich über die Grundfragen der ganzen sozialen Entwicklung hinweg und schraubt den modernen Staat um einige Jahrhunderte zurück. Solche Leute können nur noch ernsthaft genannt werden. Wenn aber ihr Einfluß überwiegt, dann sind schwere wirtschaftliche und soziale Erschütterungen unausbleiblich. In Hamburger Bäckerstreik macht sich zum Sprecher dieser für den sozialen Frieden so bedenklichen Elemente das alte Zentralorgan für den politischen Rückschritt, die Hamb. Nachrichten. In einem Artikel, der an heftigster Sprache feinesgeschlichen lacht, behaupten sie mehrfach als Wahr, der ganze Bäckerstreik sei eine sozialdemokratische Wadze, er habe also die prinzipielle Bedeutung einer Strafprozeß, die dem Unternehmertum von sozialdemokratischer Seite aufgedrängt worden sei, und unter dieser Fiktion wird dann das ganze Unternehmertum und die Bürgerschaft zum Zusammenstoßen gegen die Streikenden aufgeführt. Nun mag man aber sonst über den Streik denken, wie man will, das steht in diesem Falle doch für jeden Verhältnissen fest, daß die Lohnbewegung der Bäcker keinen politischen, sondern einen rein gewerkschaftlichen Ursprung hat, und daß sie eine Wänderung von Zuständen erstrebt, die in der That weit über die Kreise der Ausständigen hinaus als verbesserungsbedürftig anerkannt werden. Es ist ein recht ibridischer Taufgangversuch, wenn man diesen Thatbestand verdrücken will, und wer hier den Streikenden politische Motive unterlegt, beweist damit nur, daß er die Lohnbewegung selber politisch ausbreiten möchte. Auf derselben Stufe politischer Fiktion stehen die Behauptungen, welche das Hamburger Blatt für die weitere Behandlung der Lohnbewegung giebt. Es verlangt, man solle die Strafprozeß

unter allen Umständen durchführen und dann erst sehen, was sich thun lasse, um etwa vorhandene Uebelstände zu beseitigen. Deshalb seien alle noch so gut gemeinten Vorschläge zur möglichst baldigen Herbeiführung einer Verständigung als der Sache der bürgerlichen Parteien nachteilig und der Sozialdemokratie ibridisch a limine abzuweisen. Es komme nicht in erster Linie darauf an, den Ausstand schnell zu beilegen, sondern darauf, den in ihm enthaltenen Versuch der Sozialdemokratie, die Unternehmer und mit ihnen die bürgerliche Gesellschaft zu terrorisieren, energisch abzuwehren, da sonst in unabsehbarer Folge ähnliche Ausstände auf allen Gebieten organisiert werden würden. Darum wird den Meistern geraten, nicht nachzugeben und sich auf keine Kompromisse ohne vorherige Unterwerfung der Streikenden einzulassen. Jetzt sei nicht Zeit zu Unterhandlungen, was etwa an Bäckerbetrieben zu ändern sei, sondern man müsse den Streik unterdrücken, um den Arbeitern den Mut und die Lust zu ähnlichen Ausständen zu benehmen.

In diesen Auslassungen ist eine solche Summe von Unvernunft und Böswilligkeit enthalten, daß sie den entriesteten Widerspruch aller einsichtigen und wohlmeinenden Leute hervorzurufen müssen. Man behauptet, die Unternehmer und die bürgerliche Gesellschaft sollen terrorisiert werden, und verlangt selbst den raffinsten Terrorismus gegen die Arbeiter, deren Weidwerden erst nach ihrer „Unterwerfung“ unterworfen werden sollen. Das ist eine so brutale Hervorhebung des Machtstandpunktes, eine so einseitige Geltendmachung des Herrschaftsanspruchs für die Unternehmer, daß unterer Ueberzeugung nach die große Masse des Unternehmertums selbst sich entschieden dafür bekanden wird, mit dieser angeblichen Vertretung seiner Interessen identifiziert zu werden. Denn kein wahres Interesse verlangt ein gutes Einvernehmen mit den Arbeitern und möglichst friedliche Beilegung aller Streitigkeiten; unter jedem längeren Lohnkampfe haben beide Teile gleich schwer zu leiden.

Nur grundsätzliche Streifenfriede können den Kampf bis aufs Messer preigen, wie es das Presbureau des Arbeitgeber-Verbandes ihul. Das Bürgerium wird nicht so ibridisch sein, sich durch solche Fanatomanen aufreizen zu lassen, und alle Freunde des sozialen Friedens sollten unterer Erachtens ihren ganzen Einfluß aufbieten, um eine baldige Einigung zu stande zu bringen. Wie wenig die citierte Charakterisierung der Ursachen des Bäckerstreiks der Wahrheit entspricht, beweist die einfache Thatfache, daß ein anderer Hamburger Blatt, das gewiß keiner einseitigen Vertretung der Arbeiterinteressen verdächtigt ist, sondern umgekehrt das Bürgerium und das Unternehmertum zum Wort kommen läßt, der Hamb. Correspondenz ganz richtig die Hauptforderung der Streikenden, die Venderung des Kost- und Logiswens der Bäckergehilfen, als berechtigt anerkennt und es als seine Ueberzeugung ausdrückt, daß die Entwicklung mit innerer Notwendigkeit sich in der von den Schülern erstrebten Richtung vollziehen wird. Die bisherige Vewahrung von Kost und Logis für die Bäckergehilfen ist auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten, und das Bäckergerne wird sich von der Entwicklung nicht ausschließen können, die sich schon auf fast allen Gebieten des gemeinlichen Lebens vollzogen hat; in vielen Betrieben ist diese Entwicklung schon erfolgt, und daher wird die Bewegung auf Lösung des Kost- und Logiswens sich unaufhaltsam durchziehen. Die Ansicht des Hamb. Correspondenz ist unzweifelhaft richtig und seine ganze Auffassung des Streits ist so verständig, daß wir ihm fast darauf bauen bestimmen können. Er weist mit vollen Recht darauf hin, daß nach allen bisherigen Erhebungen, besonders auch denen der Kommission für Arbeiterstatistik, die Verhältnisse im Bäckergerne vielfach daunter wirtschaftlich, fitilich und gesundheitslich zu leiden haben, und daß auch ein öfentliches Interesse an einem gütlichen Wandel besteht, nicht zum wenigsten aus im Hinblick auf das Recht der Konsumenten, an den Hersteller eines seiner wichtigsten Lebens- und Genusmittel gewisse ästhetische und hygienische Ansprüche zu stellen.

Wie die Forderungen der Bäckergehilfen in einzelnen begündet sind, lassen wir dahingestellt. Aber wir meinen, wenn so von gewis nicht partieller Seite die Berechtigung ihrer Hauptforderung dargethan wird, so wäre es geradezu gewissenlos, wenn eine Einigung aus bloßen Nachsichtgründen zurückgewiesen würde. Eine ganze Anzahl von Meistern sind auch zu einem Entgegenkommen bereit, sie werden aber durch die Drohungen der anderen eingeschüchert. Dies frivole Erntend birgt eine ernste Gefahr in sich, weniger für die verhältnismäßig kleine Zahl der Streikenden als für die Meister selbst, denen, je länger der Kampf dauert, um so mehr Kundschäft dauernd an die Genossenschaftsbäckerien verloren geht. Wer es daher gut mit ihnen meint, der muß ihnen zum Frieden raten.

Bei gutem Willen ist in dieser Lohnbewegung eine Einigung un schwer zu erreichen. Die Lohnforderungen sind, wie die Meister selbst zugeben, nicht hoch bemessen, und würden, namentlich soweit sie die Ablösung von Kost und Logis betreffen, gegebenenfalls auch noch modifiziert werden. Ueber die Regelung des Arbeitsnachweises aber, die zweite Hauptforderung, ist sicherlich ebenfalls ein Einvernehmen zu erreichen. Alle Vorbedingungen zu einer beide Teile befriedigenden Einigung sind also gegeben. Alle Freunde einer friedlichen sozialen Entwicklung sollten zusammenwirken, daß sie baldigst zu stande kommt.

So urteilt selbst ein bürgerliches Blatt über die Hamburger Bäckermeister und über den von ihnen nach rechter Philisterei in die Länge gezogenen Streit.

Sagenescheit.

Eine politische Wahregelung aus Anlaß der Reichstagswahlen ist wieder im Gange. Gegen den Lehrer und Stadtverordneten Otto in Charlottenburg, der Reichstagskandidat der freisinnigen Volkspartei gewesen war, ist wegen seiner Wahlthätigkeit ein Disziplinarverfahren in Vorbereitung. Das ist wieder ein Beispiel für die Schöpfung der staatsbürgerlichen Rechte von Beamten in Preußen.

Indant ist der Welt Lohn. Die Kreuzzeitung schreibt anlässlich einer Presseprobe über die preußischen Landtagswahlen:

Der Freisinn selbst hat bei den Stichproben dafür gefordert, daß sein Charakter als reine sozialdemokratische Schmutzpartei allseitig anerkannt werden ist. Freisinn und alles, was mit ihm zusammenhängt und zusammenreicht, wird also als gemeinlichendes Element bekämpft werden. Das ist der Dank dafür, daß die Freisinnigen in zahlreichen Wahlkreisen mit Todesverachtung für den reaktionären Kandidaten und gegen die Sozialdemokratie gestimmt haben. Nun sind sie wieder „sozialdemokratische Schmutzpartei“ und „gemeinlichendes Element“.

„Vaterländische Gesellen.“ Bei der am 10. Juni v. J. stattgehabten Landtagswahl in Dirschau hatten fünf freisinnige Wahlmänner sich der Stimmen enthalten. Dieses Verhalten hatte zwei Tage später in einer Versammlung des Bundes der Landwirte der Reichstagsabgeordnete Meyer-Rottmannsdorf scharf kritisiert und die fünf Herren als „vaterländische Gesellen“ bezeichnet. Die erhobene gegen Herrn Meyer die Beschuldigungsklage, doch wurde letzterer vom Schöffengericht freigesprochen. Auf einseitige Vewertung hob indes die Strafkammer dieses Urteil auf und verurteilte den Angeklagten zu 150 M. Geldstrafe. Der Ausdruck „vaterländische Gesellen“ sei eine recht grobe Beschuldigung und der S. 193, der dem Angeklagten gebilligt wurde, schätze ihn nicht vor Strafe, da aus diesem Ausdruck die Absicht der Beschuldigung hervorgehe.

Der Antrag der Stadtverordneten. Das Oberverwaltungsgericht hat die Klage der Berliner Stadtverordneten betreffs Verbots der Ergrung der Wurzelselnen durch Bekämpfung ihrer Geschäftsstellen verworfen. Nach halbftündiger Beratung verhandelte der Präsident, daß das Verdict der Anklage der Regierung teile; die Beanstandung des Oberpräsidenten auf Grund des S. 17 des Zustand. G. sei daher zu Recht erfolgt, die Klage der Stadtverordneten auf Aufhebung jener Vernehmung sei abzuweisen. Es handelte sich weder um die Wahrung eines lokalen noch eines fitilichen Interesses der Gemeinde, sondern um eine allgemeine politische Rundgebung, wie dies auch die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung ergeben. Die Sache ist damit noch nicht erledigt. Denn nun wird die Diskussion über die Bedeutung der Selbstverwaltung und ihre Verthätigung auf dem Gebiete politischer „Rundgedungen“ von dynastischer und verorbeter Tendenz erst recht beginnen.

Strafe muß sein. Wie das Hamb. Fremdenbl. erfährt, sollte am 17. Juli in dem mecklenburgischen Orte Pompano die Einweihung einer neuen Kirche stattfinden, zu welcher die Anwesenheit des Herzogs-Regenten in Aussicht genommen war. Nun hat aber der Herzog-Regent seine Teilnahme an der Feier abgelehnt, weil bei der letzten Reichstagswahl in der Gemeinde Pompano so zahlreiche sozialdemokratische Stimmen, mitbin für eine politische Partei abgegeben sind, welche den Umsturz von Thron und Altar erstrebt.

Freisinnig-konservativer Wahlschacher. Wie der Vorwärts mittelste, ist zwischen Konservativen und Freisinnigen eine Verabredung dahin getroffen worden, sich bei den Landtagswahlen in Posen derart zu verbinden, daß zwölf bisher von den Polen besetzte Mandate ihnen zufallen. Die Freiztg. erklärt die Wadlung zwar für erfinden, aber es werden von anderer Seite ganz konkrete Beweise für das Bestehen der Abmachung beibringt. So hat denn der Freisinn alle politische Scham verloren.

